



Rede

des Vorsitzenden der CDU-Fraktion
im Landtag von Baden-Württemberg,

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL,

in der

Aussprache

zur Regierungsinformation des Ministerpräsidenten

Stuttgart, 14. Dezember 2020

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin,
verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Das Jahr 2020 wird ganz ohne Frage in die
Geschichte eingehen.

Es hat uns Debatten beschert und Entscheidungen
abverlangt, wie wir es alle wahrscheinlich kaum
jemals für möglich gehalten hätten.

Und auch jetzt – kurz vor Weihnachten –
bestimmt das Virus unser Leben und unser
Handeln.

Aber wichtig ist und bleibt: Wir überlassen uns
nicht einfach der Pandemie und ihrer
unerbittlichen Logik.

Wir treten ihr entgegen und halten ihr stand –

mit dem Erfindungsreichtum und den
Ressourcen der aufgeklärten
Wissensgesellschaft,

mit der Kraft der Solidarität und der
Mitmenschlichkeit,

mit der Ethik der unteilbaren
Menschenwürde.

Deshalb will ich in diesen Adventstagen schon
auch einmal sagen:

Bei allem Leid und allem Streit haben die
Pandemie und ihre Herausforderungen in diesem
Jahr in unserem Land auch viel Gutes zum
Vorschein gebracht.

Das gibt uns Mut und Hoffnung für die nächsten Wochen!

Und deshalb danke ich allen, die mitmachen, die sich an die Regeln halten, die Geduld beweisen und Verantwortung leben.

Ich danke allen, die helfen – in den Krankenhäusern, in den Rathäusern und Gesundheitsämtern, in den neuen Impfzentren, bei Polizei und Rettungsdiensten oder einfach von Mensch zu Mensch.

Das ist ein wahrer Reichtum dieses Landes!

Der Ministerpräsident hat die Lage beschrieben und die aktuellen Zahlen genannt.

Der Bundespräsident hat von einer „bitterernsten“ Situation gesprochen.

Der Corona-Winter hat uns fest im Griff.

Der exponentielle Anstieg ist zurück.

Wir finden uns auf einer neuen, harten Bergetappe.

Der gemeinsame Plan von Bund und Ländern seit Ende Oktober war es, mit moderaten Einschnitten die Infektionszahlen zu drücken.

Es ging dabei einmal mehr um die stets neue, fragile und volatile Abwägung von Freiheit und Gesundheit.

Leider ist es uns damit nicht so wie erhofft gelungen, die Welle zu brechen.

Das Virus bleibt tückisch, und es lässt uns keine Pause und keinen Freiraum.

Die Ausschläge sind schnell und stark.

In Thüringen etwa, das lange wenige Fälle hatte, haben sich allein seit dem 1. November dreimal so viele Menschen angesteckt wie in der gesamten Zeit davor.

Wir haben jetzt die lange gefürchtete Situation, dass viele Krankenhäuser am Limit sind.

Intensivmediziner mahnen: Die Lage ist schlimmer, als es die Zahlen sagen.

Wer immer noch meint, Corona sei eine bessere Erkältung, der verweigert sich der harten Wirklichkeit auf den Intensivstationen.

Die Ärztinnen und Ärzte, die Pflegerinnen und Pfleger kämpfen dort gegen das Virus und um das Leben vieler Menschen.

Sie haben einen Anspruch darauf, dass wir sie mit dem Notstand nicht alleine lassen.

Sie dürfen erwarten, wir es uns nicht auf ihre Kosten zu leicht machen.

Zu viele Menschen sterben.

Zu viele erleiden schwere Krankheitsverläufe.

Zu groß ist die Gefahr, dass Patienten nicht mehr so versorgt werden können, wie es nötig wäre und möglich sein muss.

Die akute Zuspitzung verengt den Spielraum.

Juristen nennen das „Ermessensreduzierung auf null“.

Es geht jetzt um unmittelbare Gefahrenabwehr.

Deshalb ist der klare und konsequente Lockdown leider unvermeidbar geworden.

Das Ziel muss sein, Deutschland über Weihnachten zur Ruhe zu bringen.

Wir stehen zu der Entscheidung.

Wir sehen, dass mildere Mittel das Infektionsgeschehen nicht rasch und durchgreifend genug stoppen können.

Und wir finden es richtig, dass die Landesregierung im föderalen Verbund jetzt handelt!

Die Regierungschefs von Bund und Ländern haben erneut Hilfen und Erleichterungen für die Unternehmen, Freiberufler und Selbständigen vereinbart, die besonders von den Einschränkungen betroffen sind.

Die Verbesserungen der Überbrückungshilfe III, die leichtere Abschreibung von Warenwertverlusten, die Ausweitung auf Unternehmen

mit Umsatzrückgängen ohne Schließung sind nah an der wirtschaftlichen Realität.

Das begrüßen wir ausdrücklich!

Die Beschlüsse der MPK gestern fielen schnell, eindeutig und einmütig.

Das ist für mich erneut ein klares Signal dafür, dass der Föderalismus krisenstabil ist, dass er seine tarierende und integrierende Funktion erfüllt.

Die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten haben gestern einmal mehr in einem weiten, parteiübergreifenden Konsens entschieden.

Ich finde, das ist ein hoher Wert.

In Deutschland ist der Kampf gegen das Virus eine Frage der Verantwortung und nicht des Parteibuchs.

Die Menschen im Land gehen diesen Weg mit.

Sie unterstützen, ja sie erwarten sogar harte Einschnitte von der Politik.

Laut Forschungsgruppe Wahlen wollen 49 Prozent eine Verschärfung der Corona-Maßnahmen.

Mitte November waren das nur halb so viele.

Die Entscheidung der Regierungen kann also auf breite Akzeptanz setzen und hoffen.

Und es bleibt ja auch ganz entscheidend, dass die Menschen weiter mitziehen.

Ich verstehe, dass die Unsicherheiten – auch die wechselnden Ansagen aus der Politik – an den Nerven zehren.

Und ich verstehe auch den Wunsch vieler nach endgültigen Plänen und abschließenden Strategien.

Aber gerade die aktuelle Entwicklung lehrt uns doch einmal mehr:

Die *eine* Strategie, die uns sicher, planbar und frei von Zumutungen durch die Pandemie bringt, gibt es nicht.

Es gibt sie nirgendwo in der Republik.

Und es gibt sie bei keiner Partei.

Herr Kollege Stoll, Sie haben in einer der letzten Debatten gefordert, man müsse „in Szenarien denken“.

Genau das wird doch von Anfang an gemacht. Aber die Szenarien ändern sich eben auch!

Deshalb ist auch nicht jede Korrektur ein Zeichen für Unvermögen und Planlosigkeit.

Diese Krise verlangt es einfach, dass wir in enger Taktung lagebezogen und risikosensibel nachsteuern.

Also bleiben wir fair!

Herr Kollege Stoch wird sich vermutlich jetzt gleich einmal mehr auf seine Forderung nach frühzeitigem Wechselunterricht beziehen.

Ich kann nur sagen: Es war richtig, dass wir so lange wie möglich am Präsenzunterricht festgehalten haben.

Daran ändern auch die Beschlüsse der Regierungschefs nichts.

Wenn jetzt das ganze Land heruntergefahren wird, dann müssen natürlich auch die Schulen ihren Beitrag zur Kontaktverringering leisten.

Allerdings muss auch klar sein: Die Einschränkung des Schulbetriebs muss so kurz wie möglich bleiben.

Wir müssen schnellstmöglich wieder zurück in den Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen.

Ich weiß, dass Sie sich unseren Argumenten verschließen.

Deshalb will ich eine unverdächtige Zeugin zu Wort kommen lassen und Ihnen vortragen, was die Vorsitzende der Kultusministerkonferenz, Stefanie Hubig von der SPD, noch am 9. Dezember im SWR ausgeführt hat:

„Die Schulen sind nicht die Hotspots und nicht die Treiber der Pandemie“, sagt Frau Hubig.

Es bleibe dabei, dass der Präsenzunterricht für die Schülerinnen und Schüler ganz wichtig sei, und zwar in allen Altersklassen.

Ganz ähnlich äußerte sich auch noch letzte Woche die FDP-Schulministerin von Nordrhein-Westfalen.

Susanne Eisenmann bewegt sich auf der klaren Linie aller Kultusminister in Deutschland.

Ganz unabhängig von der Parteifarbe – alle, die in Deutschland Verantwortung für die Schulen tragen, kommen letztlich zu den gleichen Entscheidungen.

Das sollten wir einfach einmal zur Kenntnis nehmen und in der Kritik ein wenig abrüsten!

Politische Entscheidungen finden auch in Pandemie-Zeiten nicht im luftleeren Raum oder im Elfenbeinturm statt.

Die Abwägung zwischen Gesundheit und Freiheit muss jeden Tag neu getroffen und auch erkämpft werden!

Erinnern wir uns: Noch Mitte Oktober haben Gerichte die damaligen Regelungen zu Sperrstunden und zum Beherbergungsverbot gekippt.

„Gerichte retten unseren Herbsturlaub“ hieß am nächsten Tag die Schlagzeile in der Bild-Zeitung.

So war die Debattenlage. So waren die Prioritäten.

Weder die öffentliche Stimmung noch die Rechtsprechung waren damals bereit für härtere Eingriffe.

Obwohl es mit dem Wissen von heute objektiv wahrscheinlich genau der Zeitpunkt gewesen wäre, um die Bremse zu ziehen.

Auch das gehört zur ehrlichen Analyse.

Ich will auch einmal klar dem Vorwurf entgegentreten, die Politik hätte „den Sommer verschlafen“, wie es jetzt oft ebenso falsch wie wohlfeil heißt.

Wir haben hier im Land die Gesundheitsämter mit hunderten Stellen verstärkt.

Das Konjunkturpaket des Bundes hat 4 Milliarden Euro allein für den Öffentlichen Gesundheitsdienst bereitgestellt.

Die Bundeswehr hilft beim „Tracing“.

Wir haben 300.000 Schüler-Laptops angeschafft, um beim Fernlernen künftig alle zu erreichen.

Wer also so tut, als hätte die Politik vor der zweiten Welle die Hände in den Schoß gelegt, der kennt die Lage nur aus den Berliner Talkshow-Studios.

Dieses Virus kann uns vieles lehren. Es lehrt uns vor allem Demut.

Es lehrt uns, dass in dieser Krise keiner Wahrheit und Wissen für sich gepachtet hat.

Es lehrt uns, dass manche flotte Forderung schnell überholt oder widerlegt sein kann.

Und es lehrt uns, dass wir mit unseren menschlichen Machbarkeitsvorstellungen doch auch an Grenzen stoßen.

Das gilt zum Beispiel auch für den so genannten „Cocooning“-Ansatz – also den besonderen Schutz älterer und gefährdeter Menschen.

Es gibt in Deutschland 21 Millionen Menschen über sechzig.

Wir können sie nicht alle hinter Dekontaminationsschleusen isolieren.

Aber klar ist: Dass das Virus gerade zuletzt wieder massiv in die Altersgruppe der Betagten hineindiffundiert ist, dass es erneut in Pflegeeinrichtungen grassiert – das können wir nicht akzeptieren.

Deshalb müssen wir mehr tun für den besonderen Schutz von Pflegeheimen.

Hier können und müssen wir noch besser werden!

Auch die Corona-Warn-App hat noch Potenziale.

Angesichts tausender Toten müssen wir uns schon ernsthaft fragen:

Können wir wirklich nicht ein paar Abstriche beim Datenschutz hinnehmen, um vielleicht viele Leben zu retten?

Diese Diskussion sollten wir noch einmal neu führen!

Ein ungewöhnliches, stilles, für viele sicher auch einsames Weihnachtsfest steht uns bevor.

Es bleibt uns die Hoffnung, dass es mit der Impfung das einzige Weihnachten im Schatten der Pandemie bleiben wird.

Bis wir das Virus wirklich losgeworden sind, brauchen wir noch Geduld und Durchhaltewillen.

Helfen wir einander dabei! Teilen wir die Verantwortung!

Dann werden nach diesen dunklen Monaten für dieses wunderbare Land auch wieder hellere Tage kommen.